

Position zum Thema „Nachhaltige Energiewirtschaft“

F. J. Radermacher¹

Die Welt ist bezüglich der Energiesituation in einer extrem schwierigen Lage. Es drohen nichtlineare Effekte im Klimabereich, ferner ein Kampf um energetische Ressourcen im Kontext der Aufholprozesse in Ländern wie China und Indien. Gleichzeitig unterbleiben die notwendigen massiven Investitionen in langfristige tragfähige Alternativen zu Kohle, Öl, Gas und Kernenergie. Letzteres vor allem wegen der überzogenen Renditeerwartungen für Eigenkapital, die mittlerweile international im Rahmen der Globalisierung durchgesetzt wurden. In der Folge droht nun auch in den entwickelten Ländern eine „Brasilianisierung“ zu Lasten des überwiegenden Teils der Bevölkerung. Wir brauchen vor diesem Hintergrund forcierte Bemühungen um vernünftige globale Lösungen, aber auch vernünftige Rückfallpositionen vor Ort. Zusätzlich sollte die Welt stärker in Alternativen investieren. Die Empfehlungen heißen konkret:

1. Simultan verschiedene Zukunftsszenarien im Blick haben
2. In Europa mit einer Stimme sprechen
3. Die Partnerschaft mit Russland und die Beziehungen zur arabischen Welt verbessern
4. Für einen Kyoto-Plus-Vertrag und Klimagerechtigkeit eintreten
5. Förderung der CCS-Technologie (Sequestrierung)
6. Massiv an der Verbesserung der Energieeffizienz arbeiten
7. Niedrigenergiehäuser fördern
8. In solare Alternativenergien investieren
9. In Geothermische Alternativenergien investieren
10. Supergeopower fördern

¹ Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), zugleich Professor für Informatik, Universität Ulm, Präsident des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA), Berlin, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome

Antwort auf die Fragen ÖAMTC Symposion:

Frage 1

Sie sprechen von der Gefahr einer Brasilianisierung der Welt, also von einer Welt, in der der Reichtum sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb der einzelnen Länder extrem ungleich verteilt ist. Wie weit fortgeschritten ist diese Entwicklung? Welche Staaten bzw. Gruppen in den Staaten drängen in diese Richtung und warum?

Antwort:

Der Begriff der Brasilianisierung bezieht sich zunächst auf Verhältnisse, wie wir sie heute vor allem in Staaten Lateinamerikas und Afrikas finden, also Situationen höchster Ungleichheit, die aber für die Reichen der betreffenden Länder einen besonderen Charme haben können. Der Globus als Ganzes ist im Vergleich zu den einzelnen Ländern übrigens noch viel ungleicher organisiert als Brasilien selbst, d.h. die größten Ungleichheiten bestehen heute zwischen den Staaten und nicht innerhalb der Staaten. Die weltweit stattfindende schlecht gestaltete Form der Globalisierung übt einen erheblichen Druck auf die heute reiche Welt aus, die Ungleichheit bei sich weiter zu vergrößern. Der Druck ist naturgemäß besonders groß in denjenigen reichen Ländern, die einen besonders hohen sozialen Ausgleich haben, also in den Ländern Kontinentaleuropas, aber z.B. auch in Japan, weniger im angelsächsischen Raum. In all diesen Ländern ist mittlerweile zu beobachten, dass sich die Schere weiter öffnet, dass der Anteil der Ärmeren 80 Prozent der Bevölkerung am Bruttoinlandsprodukt kleiner wird.

Der Prozess in diese Richtung wird insbesondere angetrieben durch die Philosophie des Freihandels (ohne Querfinanzierung) und des Marktfundamentalismus, insbesondere die Argumentationen für einen Rückbau des Staates wie des Umfangs an sozialem Ausgleich. Dabei ist zu unterscheiden zwischen denjenigen, die in diese Richtung argumentieren, weil die globalen Verhältnisse so sind wie sie sind und man sich daran anpassen muss. und denjenigen, die die heutigen globalen Verhältnisse als die richtigen Verhältnisse darstellen. Wesentliche Akteure für letztere Position finden sich im Bereich der Weltfinanzmärkte.

Frage 2:

Was sind/wären die Folgen einer solchen Brasilianisierung? Wer trüge die Kosten einer solchen Entwicklung?

Antwort:

Die Folgen sind zunächst einmal, dass der Globus nicht den Umfang an Wohlstand realisiert, der potentiell möglich wäre. Die Welt wäre ärmer als sie sein könnte. Die Last tragen dabei insbesondere die 80 Prozent der Ärmern, im Besonderen auch in der heute reichen Welt. Ihre Situation verschlechtert sich absolut und relativ. Genau dies macht die Entwicklung allerdings interessant für bestimmte Eliten und Machtträger. Z. B. werden personennahe Dienstleistungen sehr viel preiswerter.

Die Brasilianisierung hat des Weiteren eine Unterminierung der Demokratie zur Folge. Die Ärmern sind tendenziell weniger in der Lage, sich politisch Gehör zu verschaffen, wie das in entsprechenden Ländern immer schon der Fall war. Da der Brasilianisierungsprozess möglicherweise auf massive Widerstände treffen wird, sind Entwicklungen bis in Richtung Terror und Bürgerkrieg denkbar, ebenso staatlicher Gegenterror. Der Verlust von Bürgerrechten, der gläserne Mensch könnte Teil des Programm sein so wie wir das heute in Anfängen im so genannten Krieg gegen den Terror bereits beobachten können

Frage 3:

Was bedeutet die Brasilianisierung für mittelständische Unternehmen in den reichen Ländern?

Antwort:

Die Brasilianisierung bedeutet zunächst eine klare Spaltung im Bereich der Menschen, in der Folge dann auch im Bereich der mittelständischen Unternehmen. Die Situation der meisten dieser Unternehmen verschlechtert sich. Das gilt insbesondere für solche Unternehmen, deren Kunden zur großen Mehrheit der Bevölkerung gehören, also zu den 80 Prozent. Die Brasilianisierung wirkt in verschiedenster Weise auf den Mittelstand: z.B. über den Entzug von Kaufkraft aber auch durch die Nutzung bestimmter Kapitalmarktinstrumente zu Lasten des Mittelstandes. Letzteres ist eindrucksvoll in dem Buch von Sabet „Globale Maßlosigkeit – Der (un)aufhaltsame Zusammenbruch des weltweiten Mittelstandes“ beschrieben. Die meisten werden Verlierer sein, einigen Mittelständlern wird es komplementär dazu gelingen, sich in die Kategorie der Reichen und Superreichen zu katapultieren. Die Ausblutung des Mittelstandes ist ein typisches Phänomen bei zunehmendem Abbau von sozialem Ausgleich. Insofern gibt es in den angelsächsischen Ländern schon immer weniger Mittelstand als in Zentraleuropa und in Japan.

Frage 4:

Gibt es Gegenkräfte? Welche sind das, und wie stark sind sie?

Antwort:

Die Gegenkräfte sitzen heute in der nationalen Politik aller vernünftigen Länder. Dort ist heute die Politik aufgrund der globalen Wirtschaftskräfte oft gezwungen das Falsche zu tun, also einen Rückbau des Sozialen zu Lasten der eigenen Bevölkerung und der eigenen Wähler zu organisieren - eine höchst unglückliche Situation. Die Politik beginnt in diesen Prozessen zu erahnen, dass man allenfalls in einer Koordinierung supranationaler Art gegen diese Entwicklungen angehen kann. Die EU ist ein geeigneter Ort für die Etablierung einer solchen Gegenstrategie. Allerdings ist der Kampf gegen diejenigen in der EU zu führen, die die Globalisierung benutzen wollen um das marktfundamentalistische neoliberale Programm in Europa durchzusetzen. Dieser Kampf ist heute nicht entschieden. Er äußert sich etwa im Widerspruch zwischen der EU-Nachhaltigkeitsstrategie und der Lisabonstrategie und er äußert sich auch im Kampf um die europäische Verfassung.

Frage 5:

Wie muss ein Prozess organisiert sein, der in Richtung der von Ihnen geforderten globalen Ökosozialen Marktwirtschaft geht?

Antwort:

Dies kann nur ein Prozess sein, in dem sich die Staaten der Welt zusammenfinden um den internationalen freien Handel in einen fairen Handel zu übersetzen. Ziel muss eine internationale Wirtschaftsordnung sein, in der Standards im Bereich der Umwelt, des Sozialen, der Kultur und der Menschenrechte in weltökonomischen Prozessen verbindlich werden. Ein erster Schritt könnte die Durchsetzung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen sein, auf die sich 192 Staatschefs im Jahre 2000 verpflichtet hatten. Die Globale Marshall Plan Initiative agiert in diese Richtung. Hier gibt es besonders starke Aktivitäten in Österreich. Die meisten der österreichischen Bundesländer haben inzwischen entsprechende Beschlüsse gefasst. Auch gab es einen Allparteienbeschluss des letzten Parlaments in Wien in dem die EU aufgefordert wird, bestimmte supranationale Steuern mit Blick auf die Förderung von weltweiter Entwicklung zu etablieren. Das sind alles Schritte in die richtige Richtung.

Frage 6:

Zum Thema Auto: Rein ökologisch wäre es sinnvoll, Treibstoffpreise weiter steigen zu lassen. Dies hätte ungewollte (?) wirtschaftliche, soziale und wohl letztlich auch politische Folgen. Wie kommt man aus diesem Dilemma heraus?

Antwort:

Generell gilt, dass Preise die Wahrheit sagen sollten, insbesondere auch die ökologische Wahrheit. Ressourcenknappheiten müssen dabei ebenso reflektiert werden wie Umweltbelastungen. Die daraus resultierenden ungewollten Konsequenzen im wirtschaftlich sozialen und politischen Bereich sind durch Querfinanzierungsprozesse auszubalancieren. Der Ort des Sozialen ist die Ausbalancierung, z. B. über das Steuer- und Sozialsystem. Ausbalancieren zu Lasten der Umwelt macht auf Dauer betrachtet keinen Sinn.

Die Automobilindustrie ist eine wichtige und innovative Industrie. Ohne die Leistungen dieser Industrie wäre unser heutiger Wohlstand und unsere heutige Form des Lebens undenkbar. Die Automobilkonzerne reagieren natürlich primär auf Kundenverhalten. Die Kunden wiederum reagieren auf Rahmenbedingungen. Hätten wir Rahmenbedingungen, in denen die Kosten stärker die Wahrheit sagen, wäre es auch wahrscheinlicher, dass das Kaufverhalten der Menschen sich stärker an ökologischen Erfordernissen ausrichten würde.

Der Ansatzpunkt ist aber nicht nur an dieser Stelle zu sehen. Wichtig wären auch globale Einigungen, etwa im Umfeld Kyoto Plus und im Bereich weltweiter sozialer Ausgleichsmaßnahmen, z. B. als Teil der Entwicklungspolitik. Parallel dazu geht es um die Herbeiführung von Bedingungen, unter denen wir die nötigen Investitionen in durchschlagende neue Energiesysteme endlich realisieren. Ein viel zu wenig beachteter Ansatzbereich bildet dabei die Supergeothermie, also eine Geothermie, die auf Tiefen von 15 km und mehr zielt. Die Welt tut viel zu wenig, um die absehbare Energiekrise durch wirklich neue leistungsfähige Technologien zu überwinden.

Weitere Informationen unter:

www.bwa-deutschland.de, www.faw-neu-ulm.de oder www.globalmarshallplan.org